



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836890

P/XV/269 - Hannover, 25. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Der Appell von Hannover</u>	68
3 - 4	<u>Mit der SPD in eine bessere Zukunft</u> <u>Gemeinschaft der demokratischen Kräfte !</u> Von Willy Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidat der SPD	56
5 - 6	<u>Schlußakkord von Hannover</u> Mit der Mannschaft zum Sieg	66

* * * *
* * *

Zur Beachtung:

Die nächste Ausgabe des Sozialdemokratischen Pressedienstes erscheint am Montag, dem 28. November 1960 in Bonn.

Wir setzen in dieser Ausgabe die angekündigte Artikelserie der Mannschaftsmitglieder mit einem Artikel von Prof. Dr. Carlo Schmid fort.

Der Appell von Hannover

Wir leben in einer Welt voller Gefahren. Viele fürchten für die Sicherheit der Heimat und die Früchte ihrer Arbeit. Wir alle fragen: Kann es trotz dieser Gefahren, trotz der kommunistischen Bedrohung gelingen, den Frieden zu erhalten, unsere Freiheit und das Erbe unserer Kinder zu bewahren, das ganze deutsche Volk in einem ungeteilten Staat wieder zusammenzuführen?

Wir brauchen nicht in Furcht zu leben! Dauernde Sicherheit und allgemeiner Wohlstand sind zu schaffen. Wir dürfen bei dem bisher Erreichten aber nicht stehenbleiben. Wenn wir Schritt halten wollen, müssen wir vorwärts, Seite an Seite mit unseren Freunden überall in der Welt.

Wir werden die Ärmel wieder aufkrempeln müssen. In den Jahren des Aufbaues haben wir gezeigt, dass unser Volk schier Unmögliches bewältigen kann, wenn wir alle an einer Stränge ziehen.

Jetzt stecken wir unsere Ziele weiter! Mit der Tüchtigkeit unseres Volkes und der Kraft unserer Volkswirtschaft können wir eine Hoffnung von heute zur Wirklichkeit von morgen machen: die Verdoppelung unseres Lebensstandards, noch in dieser Generation!

So wird jeder endlich die Freiheit gewinnen, sein Leben würdig einzurichten.

Dies aber erreichen wir nicht mit einer Politik der Rechthaberei, der Verhärtung, der Eigensucht - dies schaffen wir nur mit einer Politik neuen Stils, einer Politik der Redlichkeit, der Sachlichkeit, der Zusammenarbeit, des Ausgleichs. Wir brauchen mehr freiheitlichen Geist und Duldsamkeit in unserem staatlichen Leben; wir brauchen Härte gegen alle Feinde der Demokratie.

Deutschland muss eine Regierung haben, deren Wirtschaftspolitik Freiheit und soziale Verantwortung verbindet, die den Missbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert, die für Stadt und Land gerechten Wohlstand schafft, die mit der Eigentumbildung

für alle ernst macht: das eigene Heim, der eigene Wagen, die Deutsche Volksaktie sind berechtigter Anspruch und ehrlich verdient.

Deutschland muss eine Regierung haben, die umsichtig über die Gesundheit unseres Volkes wacht, die für einen zur wirklichen Erholung ausreichenden Urlaub sorgt, die die wirtschaftlichen und sittlichen Aufgaben der Familie gewährleistet, die jedem nach getaner Arbeit einen von materieller Sorge freien Lebensabend sichert, die den Bürger vor staatlicher Willkür schützt.

Deutschland muss eine Regierung haben, die die Herausforderung der kommunistischen Welt annimmt und ihr nicht nur mit militärischen Rüstungen, sondern auch mit geistiger und sozialer Aufrüstung begegnet, die darum die technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Begabungen in unserem Volk fruchtbar werden lässt, die den jungen Menschen die besten Schulen und Ausbildungsstätten verschafft und allen den Weg zu Bildung und beruflichem Aufstiege freimacht.

Deutschland muss eine Regierung haben, die fest und unbeirrbar in der Gemeinschaft der freien Völker steht, die bereit ist, für den Aufbau Europas und für die Förderung weltweiter Zusammenarbeit zu leisten, was notwendig und möglich ist, die alle Verpflichtungen der Bundesrepublik in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft redlich erfüllt und die Bundeswehr wirksam ausrüstet,

Deutschland muss eine Regierung haben, die gleichzeitig jede Möglichkeit fördert, das atomare Wettrüsten zu beenden und zu einer internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung beizutragen, die sich für ihre Außenpolitik um eine breite Grundlage bemüht, die mit dem Gewicht des ganzen Volkes ohne nationalistischer Übermut unser Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung vertritt, die zusammen mit ihren Verbündeten die Rechte Berlins wahrt und jede Trennung der Hauptstadt Deutschlands vom Westen verhindert.

Heute haben wir die Mittel, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen und die Bundesrepublik zu einem Bollwerk der Freiheit zu machen. Andere Zeiten erfordern andere Männer. Mit den unverbrauchten Energien der jungen Generation müssen frische Kräfte ans Werk.

Darum muss Willy Brandt Bundeskanzler werden !

An alle Deutschen ergeht der Appell: Miteinander - nicht gegeneinander schaffen wir ein freies, geeintes, glückliches deutsches Vaterland in einer freien, friedlichen Welt!

Mit der SPD in eine bessere Zukunft

Gemeinschaft der demokratischen Kräfte !

Von Willy Brandt

Regierender Bürgermeister von Berlin
und Kanzlerkandidat der SPD

In Berlin habe ich die wesentliche Erkenntnis gelernt und zu praktizieren versucht: das Grosse gross und das Kleine klein zu schreiben. Politik ist eine Frage der Rangordnung. Wir hätten in dieser bedrängten Stadt nicht durchhalten können, wenn wir uns in kleinliches Parteigezänk verloren hätten.

Die grosse Koalition in Berlin ist ein Ausdruck dieser Gesinnung. Sie ist sicher kein Exportartikel; aber man sollte sie für Westdeutschland auch nicht ausschliessen. Oesterreich hat seinen Staatsvertrag nicht erhalten, weil es eine grosse Koalition gab, aber ich bin immer noch der Meinung, dass ohne die Zusammenarbeit der grossen Parteien die oesterreichische Regierung nicht imstande gewesen wäre, eine Situation herbeizuführen, in der sie die Gunst der Stunde nutzen konnte.

Die politischen Kräfte in Deutschland sind sich einig, dass die Lage unseres Volkes nicht einfacher geworden ist. Daraus lässt sich nur die Konsequenz ziehen, in den elementaren Fragen der Nation eine Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte herzustellen, auch wenn sie nicht die Form der Koalition annimmt. Der Zwang und die Notwendigkeit zu stärkerer Gemeinsamkeit in den Existenzfragen unseres Volkes sind stärker als die Rechthaberei noch so einflussreicher Persönlichkeiten.

Das ist keine Frage des Wahlkampfes, der sich auf die Wochen vor der Wahl beschränken sollte. Diese Frage ist wichtiger als jede Wahl; und wie immer die Wählerentscheidung ausgeht, das

Thema der Gemeinsamkeit in Grundfragen unserer Aussenpolitik wird von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden. Wir werden die Bereitschaft dazu so lange immer wieder von neuem beweisen, bis auch die CDU sich zur gemeinsamen Bestandsaufnahme bereitfindet.

Die zweite Erfahrung, die ich in Berlin machen konnte: Wir haben keinen Grund, uns vor dem Kommunismus zu fürchten. Wir müssen unsere Sicherheit wahren gegenüber einer militärischen Bedrohung aus dem Osten. Die Ideologie der Kommunisten aber bedroht nicht unsere Sicherheit. Unsere Menschen sind dagegen gefeit, sie sind nicht anfällig, wir haben die besseren Argumente und wir haben die bessere Ausgangsposition.

Wer heute Ost und West an den Maßstäben von Wohlstand und Freiheit misst, kommt zu dem Ergebnis, dass wir - bei allen Unzulänglichkeiten - Wohlstand und Freiheit haben, der Osten aber keines von beiden. Der Kommunismus propagiert und verspricht nur den Wohlstand, die Freiheit verspricht er aber nicht einmal. Der Kommunismus wird unser Volk geistig nie erobern können. Wir werden die Herausforderung des Ostens, der wir nicht ausweichen können, annehmen und gewinnen.

In meinen Lehr- und Wanderjahren in Norwegen und Schweden habe ich gelernt, dass es schwerer aber auch wichtiger ist, die Sorgen der Menschen von heute zu beheben, als einer noch so vollendeten Vorstellung der Welt von übermorgen nachzuhängen. Ich habe gelernt, dass es keine Schande ist, im Wohlstand zu leben, sondern dass es nur eine Schande ist, wenn wichtige Gruppen eines Volkes vom Wohlstand ausgeschlossen bleiben.

Auch wenn ich erst 19 Jahre alt war, als ich die Heimat verlassen musste, so habe ich doch als einen bestimmenden Eindruck in Skandinavien erfahren, dass es Armut nicht mehr geben muss, dass unsere Gesellschaft gerechter sein kann, und alle an den gestiegenen Möglichkeiten unserer Wirtschaft und an den geistigen Gütern Anteil haben können.

Schlussakkord von Hannover

Mit der Mannschaft zum Sieg

sp- Vier Tage lang haben die Delegierten des SPD-Parteitagess in harten Arbeitssitzungen alle jene Themen diskutiert, die seit der Annahme des Godesberger Grundsatzprogrammes im Jahre 1959 sie selbst und die ganze deutsche Öffentlichkeit bewegten. Es war zu erwarten, dass hierbei Meinungsverschiedenheiten sichtbar wurden, dass Auffassungen zutage traten, die irgendwo draussen im Lande, in Ortsvereinen oder Bezirksorganisationen entstanden waren und die sich nunmehr miteinander konfrontierten.

Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr von diesen Diskussionen durch die in Hannover wie noch nie bei einem Parteitag so zahlreich vertretene Presse. Es gab keine "Klausur", in der Überraschungsanträge hervorgezaubert wurden; alles vollzog sich vor den Augen der breitesten Öffentlichkeit, nichts brauchte das Licht zu scheuen.

Die natürliche Folge eines so demokratisch durchgeführten Parteitages war während mehrerer Tage die Spekulation, das Querschieszen und das Irritieren. Aber die Auguren täuschten sich. Am letzten Tage, dem Tage der Proklamation der Mannschaft und des "Appell von Hannover" zeigte es sich, dass manch' einer, der über diesen Parteitag richtete, mehr von den Handerscheinungen als von der inneren Kraft der Deutschen Sozialdemokratie kernt.

Der Wille zur Tat, aus einem Guss geformt, war erkennbar, als Erich Ollenhauer, Carlo Schmid und Willy Brandt vom stürmischen Beifall des ganzen Parteitages begrüsst wurden. Selbst Skeptiker unter den Beobachtern, die noch am Mittwoch von "Sieg" oder "Niederlage" des einen oder anderen gesprochen und geschrieben hatten, waren beeindruckt. Und aus dem Beifall wurde eine Ovation, als Willy Brandt später sagte:

"Wir werden alle unsere Kräfte zusammenfassen und alle unsere Energien ausschöpfen. Wir werden jeden unnötigen Reibungsverlust vermeiden. Darin weiss ich mich mit Erich Ollenhauer, genau so wie mit Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner einig".

Das politische Bekenntnis von Willy Brandt liess keinen Zweifel, dass dieser Mann staatspolitisch denkt und staatspolitisch handeln wird. Wie am Tage der Debatte über die Sicherheitspolitik der Partei scheute er auch diesmal nicht, heisse Eisen anzufassen. Er zeigte sich als der moderne Sozialdemokrat, geformt durch seinen Kampf gegen die Mächte der Unmenschlichkeit. Seine Ansprache, die der Proklamation des "Appell von Hannover" durch Professor Carlo Schmid folgte, liess keinen Zweifel darüber, dass es zwischen dem Kanzlerkandidaten der Deutschen Sozialdemokratie und dieser Partei, aus der er hervorgeht, kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander geben wird.

Vielleicht wird man hier und dort versuchen, Deutungen in Details anzubringen. Das wird aber ein vergebliches Bemühen bleiben. Einstimmig bestätigten die Delegierten des Parteitages den Kanzlerkandidaten und seine Mannschaft.

Aber wer würde wagen, in diesem Augenblick von einem "monolithischen Block" zu sprechen, nachdem während der vorausgegangenen Tage hart um jede Formulierung in jeder Entschliessung gerungen worden war? Auch jene, die mit ihren Auffassungen in den Arbeitsgemeinschaften in der Minderheit geblieben waren, erkannten nach der kameradschaftlichen Diskussion die von der Mehrheit gebilligten Grundsätze des politischen Handelns der Partei an. Deshalb ist es kein leeres Wort, als Carlo Schmid bei der Einführung des Kanzlerkandidaten sagte:

"Eine Partei, die sich als Partei des ganzen Volkes erkannt hat, ist nicht durch eine einzige Formel, ist nicht durch eine einzige Leistung, ist nicht durch ein einziges Gesicht darzustellen. Zwar kann sie nur als eine Ganzheit wirken, aber dieses Ganze bricht sich bei seiner Selbstdarstellung im Prisma der Mannigfaltigkeit der Fülle unseres Volkes in einem farbenreichen Spektrum, das sie nicht aufspaltet, sondern ihre lebendige Fülle in der Entfaltung sichtbar macht".

Die Partei weiss auch, was sie ihrem Vorsitzenden Erich Ollenhauer und den stellvertretenden Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner zu danken hat. Diese drei Männer haben vor und nach der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms in enger Zusammenarbeit mit dem Kanzlerkandidaten und den einzelnen Mitgliedern der Mannschaft jenes Werk vollbracht, das am letzten Tage des Kongresses von Hannover mit weit ausstrahlender Kraft sichtbar wurde. Sie waren Motor und Wegbereiter, Pioniere einer sich stets verjüngenden und erneuernden Sozialdemokratie, die unserem ganzen Volke dienen will.